

## Miete: Max. 10% des Einkommens

Die Mieten steigen viel stärker als Löhne und Gehälter. Die Mehrheit der neuen Verträge ist befristet. V. a. Jugendliche leiden unter dieser Situation und müssen ewig bei den Eltern wohnen. Notwendig wäre eine Koppelung der Mieten an die Einkommen (und nicht an die Inflation!), damit die Miete nicht mehr als 10 % des Einkommens ausmacht.

Seite 2

## Hongkong: 15 Jahre danach

1997 wurde Hongkong von Großbritannien an China abgegeben. Chinas Herrschaft in Hongkong hat es undemokratischer und ungleicher als je zuvor gemacht. Seitdem wächst dort die Kluft zwischen Arm und Reich, es gibt Massenproteste für mehr Demokratie. Ein Bericht von Vincent Kolo, Autor der Homepage chinaworker.info.

Seite 12

## Schwerpunkt

Ökologische Krisen bedrohen unser Leben. Welche Maßnahmen gegen die Umweltkiller werden im Kapitalismus ergriffen? Und was wäre nötig, um das Ruder herumzulenken?

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 210 | 07/08.2012

# Europaweit gegen Kürzungspolitik

Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Zypern, Italien... die Liste der Problemstaaten wird länger. Das Argument der „faulen Griechen“ funktioniert nicht mehr, Irland und Island zeigen, dass es auch kein „südländisches“ Problem ist. Es ist ein Problem des Systems. Unternehmen investieren nicht, weil keine Gewinne zu machen sind. Banken holen sich billiges Geld von Staat und EU, um es dann teuer an sog. Krisenstaaten zu verborgen, die dann noch weiter in die Krise schlittern. Die EU verlangt Sparprogramme, die dazu führen, dass unterer-

sind die wenig kreativen Angebote. Weiter wie bisher können sich viele Menschen einfach nicht mehr leisten, viele fahren in diesem heißen Sommer gar nicht mehr auf Urlaub. Und die nationalistischen Lösungen der FPÖ sind keine. Ein EU-Austritt bzw. Schilling-Einführung und ähnliches löst gar nichts: Die heimische Wirtschaft ist international eng verflochten und abhängig davon, was sich „außerhalb“ tut. Eine Abkoppelung ist eine Illusion. Die härtesten Kürzungen der letzten Jahrzehnte sind die Reallohnverluste, die österreichische



Fotomontage: Copyright Alex Swoid

## Gegen ESM & FPÖ: Europaweit Widerstand gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen ist nötig!

nährte Kinder beim Turnen zusammenbrechen und Schwangere in Spitälern abgewiesen werden. Die Lösungen: „Weiter wie bisher“ (SPÖVP), „Weiter, aber ein bisi ökologischer“ (Grüne), oder „österreichische Lösung“ (FPÖ)

(und natürlich auch internationale) Unternehmen den Beschäftigten aufgedrückt haben. Während die „Konzerne auf vollen Geldsäcken sitzen“ (Presse), wird der Arbeitsdruck immer größer, gibt es Stellenabbau und miese KV-

Abschlüsse. Da sagt die UnternehmerInnen-Partei FPÖ aber nichts gegen.

Unternehmen und Regierungen sind sich einig: Wir sollen zahlen, damit die Gewinne stimmen. Doch in ganz Europa gibt es Proteste! Immer mehr

Menschen wehren sich gegen diese unsoziale Logik der kapitalistischen EU. Unsere Probleme hier sind jenen in anderen Ländern ähnlich – darum können wir uns auch am besten wehren, wenn wir das gemeinsam tun. Gemeinsam statt einsam. International statt national. So kann die Kürzungspolitik abgewehrt werden!

Sonja Grusch

### Die SLP fordert:

- Schulden streichen – Banken verstaatlichen
- Europaweiter Widerstand von ArbeiterInnen und Jugendlichen!
- Für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa!

Der Standpunkt



von **Sonja Grusch** Europaweit überstürzten sich KommentatorInnen und PolitikerInnen vor den Wahlen in Griechenland mit düsteren Warnungen. Die Panik erinnerte an katholische Organisationen, die in den 1970er Jahren vor Heavy Metal (Achtung: Niemals rückwärts hören!) warnten. Syriza scheint des Teufels zu sein (des roten selbstverständlich). Links = Chaos, Untergang, Verderben: Das ist die Botschaft, die alle mitkriegen sollen. Damit nur ja niemand in anderen Ländern auf die Idee kommt, solche linksradikalen Parteien aufzubauen, zu wählen oder zu unterstützen. Die Panik sagt also weit mehr über die

## Das linksradikale Gespenst

VertreterInnen der herrschenden Klasse aus. Sie hat Angst davor, dass die Millionen Armen und Arbeitslosen, die Opfer der Kürzungspolitik, sich erheben und wehren. Über Syriza selbst sagt die Panik wenig aus. Bei den Wahlen haben viele ArbeiterInnen und Jugendlichen Syriza unterstützt, um die etablierten Parteien zu bestrafen und den weiteren Abstieg der griechischen Gesellschaft zu verhindern. Syriza war bisher v. a. eine Wahlplattform. Vor den zweiten Wahlen gab es lokale Treffen wo mehr Leute kamen. Was aber fehlte, war die Aufforderung, lokale Komitees zu organisieren. Was auch fehlt ist ein klares Programm für einen Ausweg aus der Krise, um die bewusstesten Schichten anzuziehen. Denn nur so würde Syriza tatsächlich gefährlich für den europäischen Kapitalismus werden. Wenn sie einen Plan hat, was sie am Tag nach der Wahl tut – Banken & Konzerne unter ArbeiterInnenkontrolle verstaatlichen, Schulden nicht bezahlen, europaweite Solidarität unter ArbeiterInnen organisieren. Und wenn es Leute gibt, die diesen Plan auch praktisch umsetzen können – nicht ein paar MinisterInnen oder Abgeordnete, sondern demokratisch gewählte Komitees, die Menschen in ihren Betrieben, Wohnvierteln und Schulen. DANN ist das linksradikale Gespenst wirklich real!

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP),  
Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



## Mieten laufen Löhnen davon

**2005-2010 stiegen** die Mieten in Österreich um 22%, die Löhne aber nur um 10%. Gleichzeitig sind die Befristungen rasant gestiegen,

Miete aus. Viele Jugendliche können es sich nicht leisten auszuziehen. Die Krise verschärft die Lage weiter: Mehr Menschen sind von

(und nicht an die Inflation!), damit die Miete nicht mehr als 10% des Einkommens ausmacht. Auch ein öffentliches Investiti-

*Anstatt die Mieten an die Inflation zu koppeln, sollten sie vom Einkommen abhängig sein!*

sodass heute 2/3 aller neuen Mietverträge befristet sind. Damit sind MieterInnen stärker von den VermieterInnen abhängig und müssen öfters umziehen, was wieder Kosten verursacht. Zudem liegt Österreich bei den MaklerInnenprovisionen (zwei Monatsmieten) europaweit im Spitzenfeld.

Kurz: Für ein Dach über dem Kopf müssen wir immer mehr zahlen. Im Schnitt gibt ein Haushalt 43% des Einkommens für

Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Gleichzeitig wird Wohnraum als sichere Anlagemöglichkeit wieder verstärkt zum Spekulationsobjekt. Wohnungen werden absichtlich nicht vermietet, um den Preis zu steigern. Alleine in Wien stehen 80 000 Wohnungen leer. Gleichzeitig waren 2010 in Wien 3 000 Menschen obdachlos.

Notwendig wäre eine Koppelung der Mieten an die Einkommen

onsprogramm in sozialen Wohnbau wäre nötig. Das würde der Wohnungsnot entgegenwirken, auch private Mieten würden sinken. Das aber muss von einer starken ArbeiterInnenbewegung erkämpft werden. Denn ohne eine Enteignung der kommerziellen AnbieterInnen auf dem Wohnungsmarkt wird es nicht gehen, denn: Wohnen darf nicht Gegenstand von Profitgier sein!

**Nora Brandes**

## Wien: Wie der öffentliche Wohnbau privatisiert wird

**Der Bund** privatisiert Wohnungen und in Wien werden seit den 1990er Jahren keine Gemeindewohnungen mehr gebaut. Begründet wird dies damit, dass die Förderung privater Bauträger (Genossenschaften) billiger sei. Genossenschaftswohnungen ersetzen Gemeindewohnungen aber nicht, denn die MieterInnen müssen beim Einzug einen 4- bis 5-stelligen Betrag als Genossenschaftsanteil zahlen. Hier noch von sozia-

lem Wohnbau zu reden, ist ein Hohn.

Aber auch Gemeindewohnungen zu bekommen, ist nicht einfach. Man muss z. B. zwei Jahre in Wien gemeldet sein und mit langen Wartezeiten rechnen, da es mehr AnwärterInnen als Wohnungen gibt. Dass Häupl & Co. immer wieder vom „Wiener Weg“ reden, der angeblich so sozial gerecht sei, geht an unserer Lebensrealität vorbei und zeigt ihre Ignoranz gegenüber unseren Problemen!



## Wohnsituation von jungen Menschen besonders schlimm

**Jeder zweite Mann** und jede dritte volljährige Frau unter 34 Jahren in Europa lebt noch bei den Eltern. 3/4 aller SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildenden wohnen daheim. In Österreich ist die Situation nicht viel anders.

In Ermangelung eines eigenen existenzsichernden Einkommens sind viele junge Menschen ökonomisch von den Eltern abhängig. Hohe Anfangskosten beim Auszug für Provision, Kautions- und

Einrichtung können sie oft nicht aufbringen. Studierende geben z. B. 1/3 ihres monatlichen Budgets für Wohnen aus.

Nötig wäre daher nicht nur der Ausbau von billigen Plätzen in SchülerInnen-, Lehrlings- und Studierendenheimen, sondern auch ein vom Staat bezahltes Einkommen für Menschen in Ausbildung. Denn nur so können junge Menschen unabhängig von Geldbörse und Willkür der Eltern überleben.



# Olympia: Dabei sein, sagt schon alles, Herr Graf!

## Rechte Gefahr nicht gebannt!

In Umfragen lag die FPÖ im Juni erstmals seit langem wieder auf Platz 3 (24%) (Quelle: Karmasin Motivforschung). Interessant

Grund ist erstens, dass die Basis für Rassismus mit der Krise gefestigt wird. Vor allem aber ist die FPÖ in den Augen vieler Men-

Regierung einen Antrag zur Abwicklung des ESM (quasi ein Rettungsschirm für „Schuldnerstaaten“, der in Wirklichkeit euro-

ne politische Alternative entgegengesetzt wird. Eine Partei, die die Sparpolitik der Regierung ablehnt. Eine Partei, die eine sozi-

## Auch wenn die FPÖ wegen der Affäre Graf in Umfragen verliert – ihr Aufstieg ist nicht gestoppt!

dabei ist, dass es nicht die moralische Empörung von SPÖ und Grünen über Grafs rechtsextreme Gesinnung ist, die der FPÖ in Umfragen schadet. Es ist die Tatsache, dass die scheinbar rechtschaffene FPÖ genauso korrupt ist wie alle anderen Parteien. Klar ist aber auch, dass die FPÖ schon in der Vergangenheit immer wieder mit Skandalen zu tun hatte, diese ihr aber langfristig nicht geschadet haben.

schen die scheinbar einzige Alternative zur Politik der Regierung. Mit Fortsetzung dieser Politik wird die Graf-Affäre wieder in den Hintergrund treten und die FPÖ erneut in den Umfragen steigen. Es reicht nicht zu hoffen, dass sich die FPÖ durch Skandale selbst kaputt macht. Sie lässt sich auch nicht durch das Beschränken auf moralische Empörung stoppen. Die Grünen haben gemeinsam mit der

päischen Banken zu Gute kommt) gestellt. Die FPÖ dagegen verkauft sich als Opposition, die „unser Geld für unsere Leut“ fordert. Sie verbindet die Ablehnung des ESM natürlich mit Nationalismus, aber sie kritisiert zu Recht, dass das Geld für den ESM nur dazu dient, den Banken Geld zu schenken, während bei Sozialausgaben in Österreich gekürzt wird. Die FPÖ lässt sich nur stoppen, wenn ihr ei-

alistische Alternative zur kapitalistischen EU und internationale Solidarität von ArbeiterInnen in ganz Europa anbietet. Die eine Verstaatlichung der Banken unter demokratischer Kontrolle der ArbeitnehmerInnen und eine Nichtbezahlung der Schulden fordert. Nur mit einer Alternative zur kapitalistischen Krise lässt sich der FPÖ nachhaltig der Zahn ziehen.

Laura Rafetseder

## Wohnen wird immer mehr zum Luxus

1999–2011 stiegen die Kosten für das Wohnen im Allgemeinen pro Quadratmeter von 4,33 auf 5,69 Euro. Das bedeutet einen Anstieg von 38%.

Junge Familien müssen in einer Altbauwohnung durchschnittlich 43% ihres Nettoeinkommens für Miete aufbringen. Bei Ein-Personen-Haushalten sind es sogar bis zu 50%. Werden günstigere Altverträge hinzugerechnet, beträgt der Schnitt auch noch 20%.

Armutgefährdete zahlen einen noch höheren Teil ihres Einkommens für ihre Wohnung – und zwar bis zu 64%. Gleichzeitig sind ihre Wohnungen aber um durchschnittlich 25m<sup>2</sup> kleiner als bei Nicht-Armutgefährdeten.

Bei einer Vermittlung der Wohnung durch eineN MaklerIn muss man noch tiefer in die Tasche greifen: Die Miete steigt um ca. 10 % auf bis zu 10 Euro/m<sup>2</sup> (Schnitt ca. 9,20 Euro).

Wenn man einmal eine Wohnung hat, ist diese mittlerweile vor allem bei Altbauwohnungen häufig befristet. Der Anteil an befristeten Mietverhältnissen ist in den letzten Jahren auf 37 % gestiegen. Obwohl theoretisch ein Abschlag von 25 % bei Befristungen vorgesehen ist, zahlt man in der Realität genauso viel wie bei unbefristeten Mietverhältnissen im Altbestand, ca. 9,20 Euro.

Und: es gibt sie noch immer – die Substandard-

wohnung (Gang-WC). In Wien betrifft das 4,6 % der Wohnungen.

Auch gestiegen ist die Zahl der Delogierungen. Die mit Abstand meisten verzeichnet Wien. 2011 waren es ca. 7640 Fälle, das war ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von 3 %. Der häufigste Grund ist das Nicht-Bezahlen-Können der Miete.

Quellen: AK Wien, AK-Ö, EU-SILC, www.caritas.at, Österreichische Armutskonferenz, Statistik Austria, wien.orf.at

### Der rechte Rand

Orbán Staatsbesuch in Wien war Anlass für leise Kritik am Regierungsstil in manchen Medien. Dies löste eine umso lautere Verteidigung Orbán aus den Reihen von ÖVP und FPÖ aus. Besonders Ex-Kanzler Schüssel betreibt offenen Lobbyismus für seinen treuen Freund. Auf Plakaten macht er auch in Ungarn Werbung für den Vize-Präsident der EU-Volkspartei, Orbán. Die ÖVP-nahe Zeitung des „Mittelschüler Kartell Verbandes“ (Couleur) warnt vor „einseitiger Berichterstattung“ und „unfairer Behandlung“. Angesichts der Verhandlungen mit EU und IWF kann die Fidész-Regierung solchen Zuspruch von einer Regierungspartei gut brauchen.

Auch Strache sucht die Nähe von Fidész; Eine Gesprächseinladung sagte Orbán aber ab. Obwohl sich die beiden Parteien politisch nahe stehen, setzt Orbán zumindest international wohl eher auf die gemäßigten Rechte.

Ganz anders in Ungarn selbst: Im ganzen Land werden derzeit Miklós Horthy Denkmäler und Plätze gewidmet. Der Antisemit und Verbündete Hitlers, Mussolinis, Dolfuß' und Schuschnigg steht gegen den Trianon-Vertrag, der große Landesverluste für Ungarn bedeutete. Jetzt in der Krise geben Fidész und die faschistische Jobbik erneut diesem Vertrag die Schuld für die Misere des Landes. Zusammen mit ihrer Hetze gegen Roma rechtfertigt die Regierung so massive Kürzungen und den Abbau demokratischer Rechte.

Auch deshalb organisierte die SLP eine Kundgebung gegen den Staatsbesuch bei einem Treffen Orbán mit Spindelegger im Außenministerium.

Tilman M. Ruster

Am 10. August 1987 begann in Südafrika der Streik der Bergarbeiter. Dieser war nicht „nur“ ein Arbeitskampf, sondern ein entscheidender Faktor im Anti-Apartheid-Kampf. Ein gutes Beispiel, dass Streikbewegungen gesellschaftspolitisch auch etwas bewirken können und müssen, damit sie erfolgreich sind.

Angefangen hat alles mit der Forderung der schwarzen Beschäftigten nach einer Lohnerhöhung von 30 %. Eine legitime Forderung angesichts der Gewinne der Minen, der Inflation und des Umstandes, dass weiße Beschäftigte das Fünffache verdienten. 370 000 Kumpel beteiligten sich an dem Streik. Die Eingän-

**Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!**

ge der Minen wurden blockiert und die Kontrolle über die ArbeiterInnenwohnheime übernommen. Leider konnte die noch junge Gewerkschaft (Mine Western Deep Level) keine Streikgelder bezahlen, ein Umstand, der die Lage der Kumpel rasch verschlechterte. Die Banken arbeiteten mit den Unternehmen zusammen und zahlten den Streikenden kein Geld aus. Doch die aufkommende Solidarität schaffte es, die Moral hochzuhalten. Auch die Verhaftung von FunktionärInnen und die Versuche, die Streikbewegung gewaltsam aufzulösen, scheiterten. 21 Tage lang demonstrierten die Bergarbeiter, stellvertretend für die gesamte schwarze Bevölkerung Südafrikas, ihre Stärke und erkämpften so eine Lohnerhöhung. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Anti-Apartheid-Kampf geschlossener geführt und nur wenige Monate später wurde ein Rassengesetz nach dem anderen abgeschafft. **Margarita Döller**



## Aktive Betriebsarbeit ist wichtig

Um die 4% Lohnerhöhung ergaben die letzten KV-Erhöhungen für die meisten männerdominierten produzierenden Branchen.

ren und die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen wirklich vertreten würden. Darauf zu warten würde uns aber bald alt

beit und der Aufbau von Betriebsgruppen. In den Betriebsgruppen werden Forderungen erarbeitet, die aus eigener Erfah-

wird, was man will. Mit einer solchen aktiven Basis können sich auch die angepassten BetriebsrätInnen nicht mehr auf die Ausrede der angeblich fehlenden Unterstützung beziehen und müssen die Forderungen der KollegInnen aufgreifen. Und ihrerseits Druck auf die Gewerkschaft ausüben. Und mit diesen aktiven Betriebsgruppen (aus denen dann auch aktive BetriebsrätInnen werden können) ist ein wichtiger Schritt für erfolgreiche Arbeitskämpfe gelegt. Demokratie und Mitspracherecht werden uns nicht geschenkt. Wir müssen dafür kämpfen.

**Herbert Wanko,**  
Betriebsgruppe bei JAW

### Mit jeder KV-Runde wird der Unterschied zwischen Produktion und Dienstleistung größer.

Für die hauptsächlich von Frauen getragenen Dienstleistungsbranchen, aber z. B. auch in der Textilindustrie, gab es rund 3,5%. Die Reallohnverluste gibt es, weil für bessere Abschlüsse meist nicht gekämpft wird, und sich die Sachzwanglogik der Gewerkschaftsspitzen durchsetzt.

Ändern würde sich diese Situation, wenn die GewerkschaftsfunktionärInnen zu kämpfen bereit wä-

aussehen lassen. Deswegen muss Druck von unten - von den Beschäftigten und BetriebsrätInnen - auf die Gewerkschaftsführung aufgebaut werden. Der Druck von der Basis muss größer sein als jener vom Management! Schließlich sollen sie ja uns vertreten und nicht die Unternehmen oder die Gewerkschaftsbürokratie.

Ein sinnvolles Mittel dafür ist aktive Betriebsar-

beit und aus der Zusammenarbeit und Gesprächen mit allen KollegInnen entstehen. Außerdem können Strategien zur Durchsetzung dieser Forderungen entwickelt werden. Die Betriebsgruppen können sich auch der Unterstützung der anderen KollegInnen sicher sein. Denn kaum etwas ist demotivierender, als wenn einem nicht zugehört wird, bzw. man nicht einmal gefragt



### Wer nicht kämpft hat schon verloren: Die Bankrotterklärung der GdG

**Die Gemeindebediensteten** wollten von Anfang an gegen den Landtagsbeschluss in OÖ, ihre Lohnerhöhung um 1% zu kürzen, kämpfen. Anders die Gewerkschaftsspitze um Landesvorsitzenden Haudum: zweimal kurz vor Beginn Streikabsage. Wut und Empörung waren enorm. Im AKH-Linz protestierten dagegen 200 Anwesende auf einer Betriebsversammlung. Viele unterschrieben bei einer SLP-Kampagne gegen die Lohnkürzung und

für eine Urabstimmung. Aber ohne Unterstützung anderer „fortschrittlicher“ Gewerkschaftsfraktionen oder Linken war es nicht möglich, die Politik der Bürokratie ernsthaft in Frage zu stellen.

**Der Verhandlungs„erfolg“ der GdG-Bürokraten:** Die 1%-Kürzung bleibt aufrecht. 2013 (Null-Lohnrunde!) bekommen die Niedrigverdienenden eine Erhöhung von monatlich 20 Euro!

Die Gemeindebediensteten werden so zwei Mal zur Kasse gebeten: 2012 Reallohnverlust und 2013 defacto Null-Lohnrunde. Die Reaktion einer Kollegin im AKH: „Dann trete ich aus der Gewerkschaft aus. So kann ich den Verlust ein wenig ausgleichen“, verwundert nicht. Mit einer kämpferischen Gewerkschaftsführung hätte das Ergebnis bestimmt anders ausgesehen.

**Gerhard Ziegler**



## Festspiele: Von Kunst und Armut

**Am 20. Juli** werden die Salzburger Sommerfestspiele eröffnet. Wie jedes Jahr werden sich Staatsgäste neben B- und C-Promis sammeln und der moralinsauren Eröffnungsrede beiwohnen. SalzburgerInnen mit geringem Einkommen sind nicht erwünscht – Ihre Anwesenheit wird schon alleine durch die astronomischen Kartenpreise verhindert. So beginnt das alljährliche kulturelle Großereignis der selbst ernannten Eliten.

Heuer wird das Spektakel nicht in gewohnter Ruhe und Harmonie stattfinden. Auf Initiative der SLP wird es rund um die Eröffnung zu lautstarken Protesten kommen. Dabei geht es nicht gegen „die Festspiele“. KeineR zieht die künstlerische Qualität von Oper und Schauspiel in Zweifel; es geht auch nicht darum, „den Reichen“ mal die Meinung zu sagen (dass die meisten Menschen nicht viel von ihnen halten ist nichts Neues). Es geht darum, dem Prunk der Festspieleröffnung die Lebensrealität der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt gegenüberzustellen. Wohnungsmangel und überbezahlte Mieten, explodierende Lebenshaltungskosten (gerade zur Festspielzeit klettern die Preise) etc. Es ist auch nicht einzusehen, warum einerseits Bund, Land und Stadt Salzburg das Großereig-

nis mit über 16 Mio. Euro sponsern (lt. Rechnungshof wurden die Förderungen von 2005–10 um 22,8 % erhöht, während in allen anderen Bereichen gekürzt wurde) und gleichzeitig unabhängige Kulturinitiativen kaputtgespart werden.

Seit mehreren Jahren besteht in der Stadt Salzburg ein Bettelverbot, im Sommer wird das noch verschärft. Das Sauber-Image der Stadt soll nicht angekratzt, die reichen Gäste nicht mit Armut konfrontiert werden. Verbunden ist das Ganze mit rassistischer Hetze, insbesondere gegen Roma aus Osteuropa. Vizebürgermeister Preuner (ÖVP) meinte, man würde den Roma die Anwesenheit in Salzburg „so unangenehm wie möglich“ machen. Anlass für diesen Verbalausfall war ein Übergriff von mit Eisenstangen bewaffneten Jugendlichen auf Roma, der „nahe am Pogrom“ (Schriftsteller Karl-Markus Gauß) war. Preuner & Co. schaffen ein gesellschaftliches Klima, in dem rassistischer Terror gedeiht; das alles im Rahmen des Kampfes gegen „Bettlerbanden“.

**Jan Rybak**

**Protest gegen Verarmung und Rassismus:** Freitag, 20.07. 19:00 Herbert-von-Karajan-Platz (Bei der "Pferdeschwemme")



## „Unsere Stimme erheben“

**Seit sechs Monaten** zögern die Unternehmen den Abschluss eines ordentlichen Kollektivvertrages im Bereich Werbungs- und

klärt: „Ich bin froh, dass es was bewegt hat, und neugierig, was. Aber es ist sehr spät, wir hätten das schon früher machen sol-

so lange nichts tut und die Gewerkschaft bei der Hinhaltetaktik mitspielt. Eigentlich brauchen wir wohl Kampfmaßnahmen

## „Gscheite Löhne her – Kein Warten mehr!“ forderten die Beschäftigten vom Wohnservice Wien

Marktkommunikation heraus. Betroffen sind auch viele, die bei Medien im Sozial- und Forschungsbereich arbeiten, weil Unternehmen auf diesen billigen KV setzen. Am 27.6. hatte die GPA zur offenen Betriebsversammlung auf den Wiener Schwarzenbergplatz gerufen. Als Ergebnis gibt es endlich einen Verhandlungstermin. Marianna Mollay von der Wiener Wohnberatung er-

len. Ich hoffe, dass mindestens das rauskommt, was wir wollen. Sonst brauchen wir weitere Aktionen. Wir müssen unsere Stimme für unser Recht erheben.“

**Im Zuge** der Kundgebung wurde symbolisch die Kollektivvertragszitrone überreicht. Über nächste Schritte wurde aber wenig gesagt. „Viele KollegInnen sind frustriert, weil sich

bis hin zum Streik. Doch dafür muss die Gewerkschaft auch in die Betriebe kommen und den KollegInnen die Angst vor dem Management nehmen.“ erklärt Irene Müller, Betriebsratsvorsitzende beim Wiener Wohnservice und Aktivistin der SLP. Die SLP-Broschüre „Streik – Kurz & Bündig“ stieß übrigens auf reges Interesse...



Foto: Christina Schröder

## Billy Bragg unterstützt Campaign Kazakhstan

**Am 31. Mai** trat Billy Bragg im Rahmen eines Konzerts, das von der KP-Steiermark organisiert worden war, in Graz auf. SLP-Mitglied Laura Rafetseder war Support-Act. Sie spielte u.a. „Ballad of Zhanaozen“, ihr Lied über die Ermordung kasachischer ÖlarbeiterInnen durch das kasachische Regime. Traurige Aktualität: Es gibt wieder einen neuen Todesfall: Takhir Mukhamedzyanov, führendes Mitglied vom Socialist Movement Kaz-

akhstan, wurde tot aufgefunden. Beim Konzert sammelten CWI-Mitglieder Unterschriften – darunter jene von Billy Bragg – für die Forderungen der Kampagne nach Beendigung der Repression und Freilassung der AktivistInnen. Spenden im Wert von 260,- Euro wurden ebenfalls gesammelt.

**Spenden bitte auf:**  
PSK 8812.733 / BLZ 60.000  
Kennwort: Kasachstan  
[www.campaignkazakhstan.org](http://www.campaignkazakhstan.org)

## Termin des Monats Das SLP-Sommer-Camp

**Mit Diskussionen** über die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung, den Kampf gegen Rassismus und Sexismus und internationale Ereignisse. Es gibt auch marxistische Grundschulung und historische Themen. Und das alles direkt am See, unterbrochen vom Sprung ins Wasser. Auch Praktisches wie „wie halte ich eine Rede“ darf nicht fehlen.

**SLP-Sommer-Camp**  
12.-17. Juli 2012  
in der Nähe Wiens

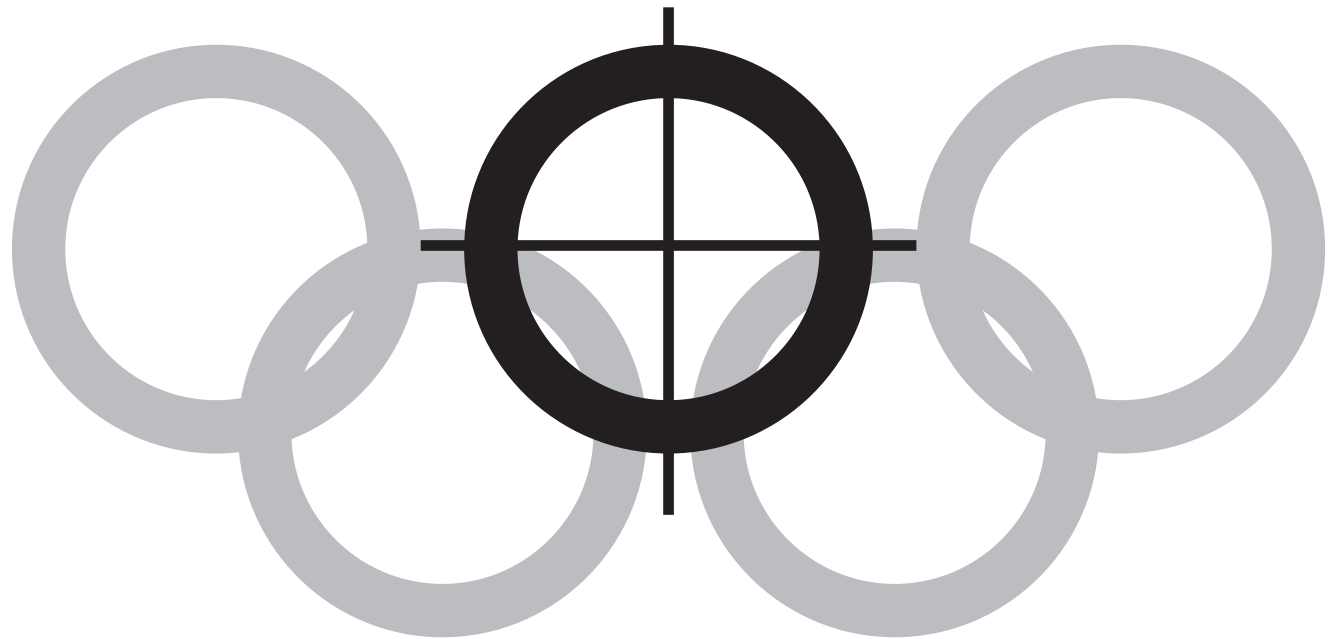
Anreise, Unterbringung, Teilnahme und Essen um max. € 100,-

Anmeldung unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

**Tibet** ist der größte Kirchenstaat der Geschichte. Der Dalai Lama, geistiges Oberhaupt und 1950-2011 Regierungschef, verteidigt die Prügelstrafe, rechtfertigt rassistische Pogrome gegen Han-ChinesInnen mit nationaler Unterdrückung, hinterfragt Prostitution in Klöstern und Mehrfrauehe nicht und meint, Homosexualität führe zu schlechtem Karma. Eine Frau als Dalai Lama kann er sich nur vorstellen, wenn sie außergewöhnlich hübsch ist. Auch Vetternwirtschaft und Korruption sind ihm nicht fremd. Viele Regierungsmitglieder sind Verwandte. In den 1950/60ern erhielt er 180 000\$ jährlich von

## Rote Seitenblicke

der CIA für antikommunistische Aktivitäten. Sein Bruder war Anführer der CIA-Guerrilla in Tibet. Sein privater Österreicher Aufenthalt im Mai wurde mit öffentlichen Mitteln und eigener Cobra-Einheit besser geschützt als ein hoher Staatsbesuch. Auf Grund seiner Freundschaft mit dem Kärntner Ex-Nazi Heinrich Harrer verlieh ihm FPK-LH Dörfler den Kärntner Landesorden. Harrer im O-Ton: "Die Herrschaft der Mönche in Tibet ist einmalig und lässt sich nur mit einer strengen Diktatur vergleichen." Bis 1945 war Tibet eine feudale Monarchie mit starkem Repressionsapparat und dem Ziel der weltweiten Etablierung der reaktionären Herrschaft der Lamas. Hierfür gabs eine eigene Mönchsarmee. Der Lamaismus ist Staatsreligion, andersdenkende wurden verfolgt! Der Dalai Lama legt fest, welche Heiligen verehrt werden dürfen und exkommuniziert Andersgläubige. Kein Wunder, dass er ein Intimus von Papst Johannes Paul II war. **Pablo Hörtner**



# 40 Jahre Olympia-Attentat

**Sport ist Mord?** Oft wird behauptet, dass Sport unpolitisch sei. Schon die Frage, wer daran teilnehmen darf und welche Disziplinen es gibt, ist politisch. In

Kampfes kleiner Gruppen, die das Abebben der 68er Bewegung nicht wahrhaben bzw. als StellvertreterInnen auftreten wollten. Eine davon war die RAF,

diesen Regionen. PalästinenserInnen waren damit schließlich per Geburt gut, Israelis eben böse.

Am Beginn der Spiele saß die 1. Generation der

operationen. Erst vor kurzem wurde bekannt, dass der Anschlag durch zwei deutsche Neonazis unterstützt wurde. Die politische Konfusion verbrann-

## Der Feind meines Feindes ist mein Freund: Neonazis unterstützten Palästinenser beim Attentat 1972 in München!

der Antike durften Frauen, Sklaven oder Barbaren weder mitmachen noch zuschauen. Aber auch in der Neuzeit dienten Sportereignisse den Herrschenden. Bestes Beispiel dafür die Olympischen Spiele von 1936 in Deutschland unter dem Hitler-Faschismus.

Vor 40 Jahren fanden die Spiele wieder in Deutschland statt. Damals stand Deutschland am Beginn des „bewaffneten“

die mit ihrem Kleinkrieg gegen den Staat die Linke für zwei Jahrzehnte in Geiselhaft hielt. Die RAF zeichnete sich wie andere „links“-terroristische Gruppen durch revolutionäre Phrasen aus. Am Ende standen sie letztlich auf einer Blut-und-Boden-Politik. Das zeigte sich deutlich bei den nationalen Befreiungsbewegungen. Die RAF ignorierte die Existenz von Klassengesellschaften in

RAF schon im Gefängnis. Im September 1972 stürmte ein palästinensisches Kommando das Quartier der israelischen Olympia-Mannschaft. Dabei töteten sie zwei Sportler und nahmen 11 weitere gefangen. Der deutsche Staat antwortete mit aller Wucht und bei der vermeintlichen Geiselfreiung starben alle Geiseln. Die Blut-und-Boden-Politik führte aber auch zu anderen Ko-

te nicht nur Teile der 68er Bewegung im Kampf gegen Staat, sondern führte auch zum Bündnis mit Neonazis. In diesem Sinn gibt es auch eine Kontinuität von einstigen „linken“ Führungsgestalten wie Bernd Rabehl oder Horst Mahler zur neuen Rechten heute. Es zeigt aber auch die Bedeutung einer richtigen Analyse für unsere tägliche politische Arbeit. Und das gilt bis heute! **Albert Kropf**

## FPÖ-Affentheater & „Entartete“ Kunst

**Dieser Tage** wurde in der Salzburger Altstadt die Skulptur „Affentor 1“ des Künstlers Jörg Immendorff (1945 - 2007) aufgestellt. Wie immer, wenn es um moderne Kunst geht, empörten sich die blauen „Kultur“-Menschen: Eine „Verschandelung“ sei „dieses Monster“, ereiferte sich FPÖ-Mann Andreas Schöppl. FPÖ-Gemeinderätin Gertraud Schimak protestierte mit Schokobananen: zwischen Bananen und Affen gebe es ja „ei-

ne gewisse Verbindung“. Bru-Haha!

Vor genau 75 Jahren wurde über moderne Kunst auf eben jenem Niveau „diskutiert“: „Entartete Kunst“ hieß damals eine Ausstellung, die am 19. Juli auf Betreiben des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels in München eröffnet wurde - und hernach als Wanderausstellung durch das „Dritte Reich“ des bekannten Postkartenmalers Hitler tingelte. „Entartet“ war alles, was irgendwie „modern“ war: Im- &

Expressionismus, Dadaismus, Fauvismus etc.; alles halt, was als „zersetzende, kranke, jüdisch-bolschewistische Produkte rassistisch minderwertiger“ denunziert werden konnte. So wurde auch die zunehmende Verfolgung „Un-deutscher“ gerechtfertigt.

Und das wichtigste „Argument“ der Nazis gegen moderne Kunst in öffentlichen Museen: „Steuergeldverschwendung“. Klingelt da was?

**Alexander Svojtko**







## Ökologische Dauerkrise im Kapitalismus

Die Umweltzerstörung gehört in all ihren Ausprägungen rund um den Globus zu den zentralen Krisenherden der Menschheit. Ökologische Probleme sind verwoben mit Armut, medizinischer Unterversorgung sowie Nahrungs- und Wassermangel.

Der gegenwärtig stattfindende Klimawandel ist hauptsächlich Folge der Freisetzung von Treibh-

die gewohnten Wettersysteme grundlegend ändert. Der Meeresspiegelanstieg vernichtet Lebensräume für Millionen Menschen und verstärkt die Effekte von (Spring-)Fluten in gefährdeten Regionen.

Das Kernkraft-Desaster von Fukushima Daiichi wird auf Jahrzehnte eine Bedrohung für Teile Japans und des Nordpazifiks darstellen. Es steht neben

Die Menge an langfristig und potentiell gefährlichen Stoffen, die nicht im „Brennstoff-Kreislauf“ recycelt werden, wächst. Die Folgen tragen jene, die in keinster Weise die diesbezüglichen Entscheidungen getroffen haben, also vor allem künftige Generationen.

Im Bereich der Umweltgifte erlangte das „Dreckige Dutzend“ traurige Berühmtheit. Es han-

ändernd, krebserzeugend und verursachen Fehlbildungen bei Embryos.

**Kapitalistische** Landwirtschaft sowie -nutzung ist neben dem Klimawandel maßgeblich für die zunehmende Verwüstung bzw. Versteppung verantwortlich. Jedes Jahr geht weltweit in etwa die Größe der Ackerfläche Deutschlands verloren. Die Gefahr der Verwüstung betrifft

der Nahrungsmittelanbau in neokolonialen Ländern unter Druck. Von 2005-08 stiegen unter anderem deshalb die Preise für Getreide und Soja um das Dreifache. Die Welt-ernährungsorganisation ging dadurch für 2007 von zusätzlich 75 Millionen Hungernden aus.

Ein Teil des Artensterbens ist unvermeidbar und im engeren Sinne eine „natürliche Entwicklung“. Es kann sogar lokal aufgrund zufälliger Schwankungen über wenige Populationen passieren. Doch gegenwärtig ist die dauerhafte Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten meist die Folge der (vermeidbaren) Zerstörung von Lebensräumen sowie insbesondere des Klimawandels. Anders als bei der Rekultivierung/-naturierung bergbaulicher und industriell genutzter Flächen können einmal ausgestorbene Arten nicht wieder zum Leben erweckt werden.

Franz Neuhold

*Grund für die Umweltzerstörung ist nicht der technische Fortschritt, sondern der kapitalistische Rahmen.*

ausgasen (v. a. CO<sub>2</sub>) durch das Verbrennen von Öl, Kohle und Erdgas. Die Folgen beschränken sich nicht nur auf die langfristige Erhöhung der Durchschnittstemperatur der Erdoberfläche. Lebensräume verschwinden aufgrund sich rasch verschiebender Klimazonen, so dass ganze Nahrungsketten und Landwirtschaften kollabieren. Die Ozeane erwärmen sich, was Strömungsmuster und somit

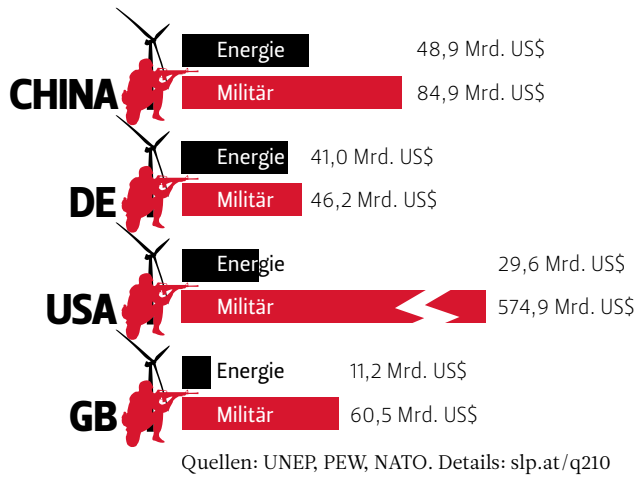
Tschernobyl für ein Horrorszenario, welches auf einen Schlag Landstriche unbewohnbar machen kann. Im Falle der größten Industriestaaten könnte eine Nuklearkatastrophe an entsprechenden Stellen wirtschaftliche Hauptschlagadern treffen und eine globale Krise verursachen. Überdies können die nuklearen Abfälle nicht einfach entsorgt werden. Bislang existieren nur Zwischenlager.

delt sich um 12 Giftstoffe, die aufgrund ihrer Eigenschaften (Ansammlung im Gewebe, Grad der Giftigkeit und Langlebigkeit) besonders heikel sind und jahrzehntelang in beachtlichen Mengen von industriellen Anlagen und in der Landwirtschaft freigesetzt wurden. Neben Insektiziden sind dies v. a. die polychlorierten Biphenyle sowie Dioxine. All diese Stoffe wirken erbgutver-

aber nicht nur afrikanische Länder. Sie ist besonders stark in Teilen Asiens (inklusive Indien) und im Westen Nordamerikas.

**Hungersnöte** und ein Fall des Lebensstandards kann sogar die Folge von etwas sein, dass sich den „Bio“-Stempel aufdrückt. Die sogenannten Biokraftstoffe sind alles andere als nachhaltig und gerecht. Durch die Flächenkonkurrenz gerät

## Investitionen in erneuerbare Energien und Militärausgaben



## Zahlen und Fakten zur Umweltzerstörung

- **Eine Studie** im Auftrag der IOM (Internationale Organisation für Migration; de-facto eine UNO-Organisation) kam 2009 zum Ergebnis, dass in den kommenden 40 Jahren an die 1 000 Millionen Menschen aufgrund der Folgen des Klimawandels flüchten werden müssen.
- **Bangladesch** ist der am dichtesten besiedelte Flächenstaat der Welt und besteht im Wesentlichen aus dem Sediment, das von drei gigantischen Flüssen angeschwemmt wird. Der Anstieg des Meeresspiegels (hauptsächlich auch eine Folge des Klimawandels) könnte gegen Ende des Jahrhunderts bis zu +1 m gegenüber dem Niveau von 2000 liegen. Dies würde 17 % der Fläche Bangladeschs direkt vernichten und einen zusätzlichen Teil durch Versalzung für die Landwirtschaft unbrauchbar machen.
- **Neben CO<sub>2</sub>-Emissionen** aus fossilen Energieträgern (Öl, Kohle, Erdgas) ist die Entwaldung mitverantwortlich für den derzeitigen Klimawandel. Laut Bericht der „Food and Agriculture Organization“ gehen jährlich ca. 130 000 km<sup>2</sup> Waldfläche verloren. Zum Vergleich: Die Fläche Österreichs beträgt knapp 83 800 km<sup>2</sup>.
- **Allein in Europa** befinden sich gegenwärtig rund 8 000 m<sup>3</sup> hochradioaktiver Müll, mitunter in relativ einfachen Hallen überirdischer Zwischenlager. Weltweit wächst die Menge an hochradioaktiven Abfällen um 12 000 Tonnen jährlich. Und das, obwohl in den letzten 50 Jahren keine verlässliche Lösung bezüglich der „Endlagerung“ gefunden werden konnte.
- **Ein bedeutender Grund** für den Mangel an Trinkwasser in vielen Regionen ist die Gewässerverschmutzung, unter anderem aufgrund von ungeklärten Industrieabwässern. Zwischen zwei und drei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu hygienisch unbedenklichem Trinkwasser.
- **Die gigantische Ölpest** im Golf von Mexiko 2010 wird noch Jahrzehnte zu spüren sein. Geschätzte 800 Millionen Liter Rohöl traten aus. Laut University of Georgia befinden sich etwa 80 % davon noch immer im Ozean. Eine Folge des teilweisen Abbrennens ist die Bildung gefährlicher polycyclischer aromatischer Kohlenwasserstoffe. Diese belasten die Nahrungskette schwer.

# Klimawende durch Systemwende

**FürsprecherInnen** einer grundlegenden Klimawende wie der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore oder der renommierte „Club of Rome“ warnen eindringlich. Und selbst die deutsche Kanzlerin Merkel tritt in Sonntagsreden als Klimaschützerin

Auftakt für die Entwicklung hin zum Kyoto-Protokoll der Klimarahmenkonvention im Jahr 1997. Nach 20 Jahren liegt die angestrebte international koordinierte und wirksame Klimapolitik in Trümmern. Kyoto ist zahllos. Alle Folgekonferenzen

2020 sinken, das müssen wir schaffen.“

Als offensivste Forderung schlägt Rahmstorf Strafzölle vor. Überdies unterstreicht er das wirtschaftliche Potential der „grünen Technologien“. Nun ist nicht ausgeschlossen, dass ein Staat mittels Steuern und Zöllen einen Schritt in Richtung Klimapolitik tun könnte, doch das wird trotz allem nur einen sehr kleinen Effekt haben. Solange Staaten unter Kontrolle der nationalen kapitalistischen Eliten sind, können sie keine international wirksame und nachhaltige Klimawende durchsetzen.

Ein prominentes Beispiel, um dies zu zeigen, ist die Nutzung der Kernenergie. Schon kurz nach den ersten Durchbrüchen in der Erforschung sowie Anwendung der Kernspaltung der 1930er und 40er Jahre kam es zu einer Serie von teils schwerwiegenden Unfällen im Bereich der wirtschaftlichen sowie militärischen Nutzung der frühen 50er und 60er, die weitergehende Fragen der Sicherheitstechnik aufwarfen. Viel wurde seitdem weiterentwickelt. Doch konnten die Probleme nicht restlos gelöst werden, wodurch Störfälle zu gewaltigen Katastrophen führen konnten. Alle Konzepte, die über klassische gasgekühlte oder Siede- sowie Druckwasser-Reaktoren hinausgingen, sind seit Jahrzehnten nicht in der Lage, eine sichere oder leistungsstärkere Energiebereitstellung zu

## Warum gibt es keine erfolgversprechende Klimaoffensive der großen Regierungen?

auf. Die tatsächliche Politik sieht im Großen und Ganzen leider anders aus.

Sicherlich wollen Teile der „Eliten“ ernsthafte politische Maßnahmen setzen. Doch sie geraten an zweierlei Grenzen. Erstens den Widerstand der anderen Hälfte der Besitzenden, die dann doch lieber ein spritfressendes Geländeauto fahren. Und zweitens jene Grenzen, die mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln bestehen bleiben. Man kann nur kontrollieren, was einem gehört. Die Ölpest im Golf von Mexiko 2010 war für jeden nachvollziehbar die Folge kapitalistischer Besitzverhältnisse und der Profitgier. Denn selbst wenn man die Explosion auf der Plattform als Ausgangspunkt nehmen würde, wäre bei einer Firma, die sich in gesellschaftlichem Besitz befindet, das Krisenmanagement wesentlich effizienter gewesen.

1992 fand in Rio die große UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung statt. Dies war auch der

(Bali, Kopenhagen, Cancun, Durban) brachten außer der formalen Fortführung des Vertragswerkes keinen substanziellen Fortschritt.

In einem taz-Interview (12.12.2011) brachte der Klimaforscher Stefan Rahmstorf die Sache auf den Punkt: „Mit dem jetzt vereinbarten Zeitplan kann man die Klimaerwärmung nicht auf zwei Grad begrenzen. Es gibt eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Realität. Das sieht man daran, dass schon im ersten Satz der Vereinbarung davon die Rede ist, dass Klimawandel eine 'akute Bedrohung' sei. Und was verabredet man? Einen Vertrag, der in zehn Jahren in Kraft tritt.“

Er sieht zwar noch gewisse Lichtblicke („Trotzdem sind einige wichtige Dinge beschlossen worden.“), doch der allgemeine Ton ist angesichts der wissenschaftlichen Perspektive ultimativ: „Die Zeit läuft uns davon. Die globalen Emissionen müssen spätestens ab





bieten (Bsp. Hochtemperaturreaktoren sowie die Brüter-Technik). Anstatt ernsthaft zu bilanzieren und zu schlussfolgern, aus der Kernenergie auszusteigen (gute Alternativen gibt es genug), hielten viele Staaten und Energiekonzerne daran fest. Sie

*längerung der KKW ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvoll sei. Doch das ist Quatsch. Dr. Brigitte Knopf, Expertin für Energiesystemmodelle am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, unterzog Merckels Position einer Kri-*

*gerung bzw. gewisse Teile davon stehen im Vordergrund. Somit gibt sowohl es den inneren Gegner (die anderen Klassen, v. a. ArbeiterInnen) als auch das äußere Schlachtfeld des Weltmarkts. Unter anderem wird dabei die Umwelt mit dem Argument*

## Der Klimawandel und seine Folgen, gegenwärtig v. a. durch menschliche Aktivitäten verursacht, sind ausreichend wissenschaftlich belegt.

taten und tun dies nicht aus einer objektiven Risikobewertung heraus oder gar im kollektiven Interesse „aller Menschen“. Die Triebfedern sind einerseits eine recht hohe Profitrate sowie die systembedingte Verquickung von „zivilen“ Nutzung und militärischer Verwertbarkeit. Konzerne können bedeutende Kosten (von der Forschung bis zur „Entsorgung“) auslagern bzw. vergesellschaften lassen.

Wie fruchtlos auch die beste wissenschaftliche Beratung bürgerlicher PolitikerInnen sein kann, zeigt das Beispiel einer großen Studie zur Frage der Kernkraft-Laufzeitverlängerung, die 2010 (und somit noch vor Fukushima) in Deutschland für Aufsehen sorgte. Das zugrundeliegende „Energiegutachten der Bundesregierung“ wurde dabei von Kanzlerin Merkel eigenwillig interpretiert. Mittels selektiver Auswahl ohne Rücksicht auf den Gesamtzusammenhang argumentierte sie, dass eine Laufzeitver-

*längerung der KKW ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvoll sei. Doch das ist Quatsch. Dr. Brigitte Knopf, Expertin für Energiesystemmodelle am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, unterzog Merckels Position einer Kri-*

*gerung bzw. gewisse Teile davon stehen im Vordergrund. Somit gibt sowohl es den inneren Gegner (die anderen Klassen, v. a. ArbeiterInnen) als auch das äußere Schlachtfeld des Weltmarkts. Unter anderem wird dabei die Umwelt mit dem Argument*

*geopfert, „man müsse wettbewerbsfähig“ sein. Wenn die Wirtschaft der „Standortlogik“ unterworfen ist, kann man nicht erwarten, dass allein mit guten Worten und schlüssigen Analysen die weltweit Herrschenden zu einer koordinierten und grundlegend anderen Politik zu bewegen sind. Eine solche Politik müsste noch dazu Maßnahmen beinhalten, die Privateigentum und Profitinteressen direkt angreifen müsste. Es ist somit der am geringsten illusorische Standpunkt, eine ernsthafte Klimapolitik in die Hände der global aufstrebenden ArbeiterInnen-Bewegungen zu legen. Der Kapitalismus wird andernfalls die Grundlagen der menschlichen Zivilisation weiter zerstören. Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen ist zu erwarten, dass selbst die ansatzweise vorhandenen Klimaschutz-Maßnahmen den angeblichen Sachzwängen geopfert werden.*

Ein wesentliches Merkmal kapitalistischer Politik ist der Nationalismus. Dieser verhindert, die seit einem Jahrhundert internationalisierte Wirtschaft zum Wohle der Menschheit zu gestalten. Das eigene nationale Besitzbür-

gerung bzw. gewisse Teile davon stehen im Vordergrund. Somit gibt sowohl es den inneren Gegner (die anderen Klassen, v. a. ArbeiterInnen) als auch das äußere Schlachtfeld des Weltmarkts. Unter anderem wird dabei die Umwelt mit dem Argument

geopfert, „man müsse wettbewerbsfähig“ sein. Wenn die Wirtschaft der „Standortlogik“ unterworfen ist, kann man nicht erwarten, dass allein mit guten Worten und schlüssigen Analysen die weltweit Herrschenden zu einer koordinierten und grundlegend anderen Politik zu bewegen sind. Eine solche Politik müsste noch dazu Maßnahmen beinhalten, die Privateigentum und Profitinteressen direkt angreifen müsste. Es ist somit der am geringsten illusorische Standpunkt, eine ernsthafte Klimapolitik in die Hände der global aufstrebenden ArbeiterInnen-Bewegungen zu legen. Der Kapitalismus wird andernfalls die Grundlagen der menschlichen Zivilisation weiter zerstören. Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen ist zu erwarten, dass selbst die ansatzweise vorhandenen Klimaschutz-Maßnahmen den angeblichen Sachzwängen geopfert werden.

Franz Neuhold

## Marx aktuell

„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns.“

aus: Friedrich Engels: „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affens“, 1876

Mit der Entwicklung des Kapitalismus nahm die Wirkung des Menschen auf die Natur zu. Die Natur wird als verbrauchbarer Rohstoff, als Ware oder als gratis nutzbares Mittel mit der Aufgabe, den Profit zu mehren, gesehen. Der Kapitalismus ist „anarchisch“, wie es Marx und Engels bezeichnen. D. h., dass nicht die kollektiven Bedürfnisse der Menschheit von Bedeutung sind, sondern für jeden individuellen Kapitalisten nur seine eignen, individuellen Bedürfnisse – und das ist ein möglichst hoher Profit. Dadurch hat aber, wie Engels in „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affens“ beschreibt, Nachhaltig-

## Ökologische Nachhaltigkeit nur ohne Marktwirtschaft

keit im Rahmen einer kapitalistischen Produktionsweise keinen Platz: „Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen.“

In einer sozialistischen, geplanten Wirtschaft können alle Ressourcen in einer für die Gesamtheit optimalen Form eingesetzt werden. Waren werden nicht produziert, damit sie verkauft werden, sondern nur, wenn ein Bedarf danach existiert. Schon heute könnten viele Produkte in viel besserer Qualität erzeugt werden – von Feinstrumpfhosen über Glühbirnen bis zu Wohnhäusern.

Die Idee, die Funktionsweise des Kapitalismus zu nutzen, um ihn ökologischer zu machen – also umweltschädliche Produktion zu verteuern, so dass es billiger ist, umweltfreundlich zu produzieren – ist bestehend, aber eine Illusion. Sie geht davon aus, dass der Staat ein neutrales Instrument im Sinne der Allgemeinheit wäre, der diese Regelungen durchsetzt. Tatsächlich hat der Staat aber die Aufgabe, die Interessen der herrschenden Klasse (d. h. heute der KapitalistInnen) durchzusetzen.

Im Kapitalismus wird oft versucht – auch von Seiten der Grünen – Umweltschutz durch Strafzahlungen zu erreichen. Wenn z. B. durch Ökosteuern das Benzin verteuert wird, dann wird die ArbeiterInnenklasse doppelt getroffen: 1) werden die teureren Transportkosten vom Handel direkt an die KonsumentInnen weitergegeben, d. h. Milch, Fernseher und Slipeinlagen werden teurer. 2) müssen ArbeitnehmerInnen, die aufgrund eines unzureichenden oder teuren öffentlichen Verkehrsnetzes mit dem Auto fahren, einen großen Teil ihres Einkommens für Transportkosten abliefern. Für uns als SozialistInnen ist die Antwort daher nicht „Ökosteuern“, sondern z. B. in der Frage des Transportes der Ausbau des Öffentlichen Verkehrswesens, die Einführung von Nulltarifen sowie die Abschaffung von Massensteuern (Mehrwertssteuer) und eine hohe Gewinn- und Vermögensbesteuerung.

Umweltschutz ist ein zentrales Thema für die Zukunft der Menschheit: So falsch es ist, dessen Lösung auf den Sozialismus zu verschieben, so falsch ist es zu glauben, es könnte im Rahmen des Kapitalismus gelöst werden. Zur Rettung der Umwelt sind wir gezwungen, den Rahmen des kapitalistischen Systems zu sprengen.

Stark gekürzter Nachdruck aus: „Nachhaltige Entwicklung durch wirtschaftliche Planung“; Hrsg.: SLP, 2003



# Mit demokratischem Plan aus der Umweltkrise

**Der ArbeiterInnenbewegung** wird oft vorgeworfen, am „grünen Auge“ blind zu sein. Oberflächlich betrachtet hat der Vorwurf viel Wahres, genauer betrachtet waren jene Teile der ArbeiterInnenbewegung, die die Ökologie

weil eine bürokratische Planung zu einer Fehlplanung führt. Die mangelnde Demokratie in Produktion und Gesellschaft verschärfte das Problem, und ArbeiterInnen, die Vorschläge für eine umweltchonendere Produktion

beitnehmerInnen und die KonsumentInnen über die Produktion bestimmen, brächte daher große Vorteile. Es ließe sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich reduzieren. Waren würden nicht mehr in Konkurrenz, sondern nach dem allgemeinen

schung. Nur das, was einem gehört, kann man auch frei verwenden oder abschalten. So ist es z. B. für schnellen Ausstieg aus der Atomenergie nötig, die Atomwirtschaft zu verstaatlichen und unter demokratische Kontrolle der ArbeiterInnen zu stellen. So kann verhindert werden, dass aus Profitinteresse Atomkraftwerke länger als nötig in Betrieb bleiben. Forschung und Entwicklung von umweltschonenden Technologien werden heute nur betrieben, wenn sie Profite versprechen. Viele ökologische Fortschritte (z. B. in der Automobilindustrie) werden daher nicht weiter verfolgt. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse wirken wie eine Fessel für ökologische Entwicklung. Gemeinschaftlicher Besitz könnte daher einen großen Schub in Richtung ökologischer Forschung bedeuten.

3. Demokratie in Entwicklung und Produktion würde die Kreativität der ArbeiterInnenklasse freisetzen. Wenn die Beschäftigten in einer geplanten Produktion über die Entwicklung bestimmen, dann ist es auch möglich, auf Vorschläge zur ökolo-

gischeren Produktion oder zur Vermeidung von Umweltschäden einzugehen. Heute sind die Beschäftigten von Waren und der Produktion entfremdet. Verbesserungsvorschläge nutzen nur dem Unternehmen und führen sogar teilweise zu Verschlechterungen für die Beschäftigten. Eine sozialistische Produktion würde durch permanente Verbesserungsvorschläge effizienter und ökologischer werden. Alle würden davon profitieren. Dazu kommt: zahlreiche kapitalistische Luxusaktionen (z. B. der Flug mit dem Privatjet) könnten in einem sozialistischen System unterbunden werden. Demokratische Planung und sozialistische Produktion würden auch die Arbeitslosigkeit beseitigen, was einen großen Einsatz vieler ArbeiterInnen im ökologischen Umbau (z. B. des Ausbaus des Öffentlichen Verkehrs) bedeuten könnte.

Die bürgerliche Ökologiebewegung ist an ihre Grenzen gelangt. Es ist die Aufgabe von SozialistInnen, sich verstärkt in die Ökologiebewegung einzubringen und sozialistische Ansätze vorzustellen.

**Michael Gehmacher**

## Die Umweltkatastrophe ist Teil des Kapitalismus – Wie könnten sozialistische Antworten aussehen?

links liegen ließen, auch jene, die ArbeiterInneninteressen verrieten. Typisch dafür ist der ÖGB der 1980er Jahre, der versuchte, den Bau des Donaukraftwerks in Hainburg mit aller Gewalt durchzusetzen, während er gegen die Zerstörung der verstaatlichten Industrie kaum Widerstand leistete. Teile des ÖGB wollten die ArbeiterInnenbasis gegen die Umweltbewegung mobilisieren („Wir schicken die VÖSTler in die AU“), waren aber politisch zu feige, die selben ArbeiterInnen gegen die Schließung ihrer Fabriken in Streiks und Betriebsbesetzungen zu führen. Die Bürokratie beging verheerende Umweltsünden in den stalinistischen Staaten – im Systemwettbewerb und

machten, mussten mit Repressionen rechnen. Nicht zuletzt wegen dieser politischen Fehlentwicklungen hat die Linke eine geringe Glaubwürdigkeit, wenn es um Ökologie geht. Aber eine antikapitalistische, sozialistische Perspektive ist dringend nötig.

1. Ökologie durch Planung. Das kapitalistische System ist auf schnelle Produktion ausgelegt. Große Konzerne wollen Kosten sparen. Viele Güter werden direkt nach Auftrag produziert. „Mein Lager ist die Straße“ ist dabei ein Motto. Daher hat der LKW-Verkehr in den letzten Jahren enorm zugenommen. LKWs fahren oft mit wenigen Spezialteilen um die halbe Welt. Eine demokratische Planung in einer Gesellschaft, in der die Ar-

bedarf, produziert. Die für die heutige kapitalistische Krise typische Überproduktion würde drastisch reduziert werden. Damit werden auch die Umweltschäden, die bei der Produktion von Gütern entstehen, reduziert. Durch Planung werden sinnlose Verkehrswege mit fast leeren LKWs oder Flugzeugen verhindert. Produziert wird nicht dort, wo die Löhne und die Umweltauflagen am geringsten sind, sondern dort, wo es ökonomisch und ökologisch am sinnvollsten ist – was weitere Wegkosten spart. Demokratische Planung bedeutet auch, dass verstärkt die ökologischere Eisenbahn zum Einsatz kommt.

2. Die Eigentumsverhältnisse bestimmen über Entwicklung und For-



# Zeugnisse für PolitikerInnen

**Die Wiener** SchülerInnen-gruppe der SLP verlieh zum Ende des Schuljahres ausgewählten PolitikerInnen ihre Zeugnisse. Innenministerin Mikl Leitner erhielt eine Auszeichnung für den Abschluss des Lehrgangs „Abschiebung Minderjähriger“. Als Begründung schreibt das eigens dafür gegründete „Institut zur Förderung von Elitenbildung, strukturellem Rassismus und dem Abbau sozialer Sicherheit“ (IfEBsRASs): „Im Kurs wurden Fähigkeiten über das Zerstören von Familien und Existenzen vermittelt sowie das Kriminalisieren und Einsperren von Kindern und Jugendlichen. Ihren Schulkameraden aus anderen EU-Staaten ging sie mit 7 Abschiebungen pro Tag als leuchtendes Beispiel voran.“

Bildungsministerin Claudia Schmied schloss in „Wirtschaftsfreundliches Bildungswesen“ ab. In ihrem Zeugnis heißt es: „Trotz anfänglicher Erfolge im Bereich Leistungsdruck und Bemühungen zur Erhöhung des Stresses für SchülerInnen durch Kürzungen bei LehrerInnen, konnte das Klassenziel 'Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten des Lehrplans durch Zentralmatura' nicht zur Zufriedenheit der Wirtschaftskammer erfüllt

werden.“ Das Institut würdigte die Versuche der Ministerin, Bildung endgültig zur Ware zu machen, war aber von der Umsetzung nicht ganz überzeugt.

Beamtenministerin Heinish-Hosek erhielt ihr Zeugnis für den Lehrgang „Perspektivenzerstörung durch Aufnahmestopp“, den sie mit ausgezeichnetem Erfolg bestand. Das IfEBsRASs hält fest: „Gabi hat beim Klassenprojekt 'Sparterror' mit besonderem Ehrgeiz und Erfolg teilgenommen. So konnten durch den Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst die Zukunftshoffnungen tausender Jugendlicher im Keim erstickt werden.“

Last, aber ganz und gar nicht least, wurde „Integrationsstaatssekretär“ Sebastian Kurz geehrt. Er schloss den Kurs „Struktureller Rassismus“ ab. Es ist ihm „über das Schuljahr gelungen, konstanten Druck auf junge MigrantInnen aufzubauen. So sollten sie beispielsweise gratis arbeiten, um ihr Dasein zu rechtfertigen. Mit freundlichem Lächeln und penibel gegeltem Haar hat Sebastian dem Staatsrassismus gegen Jugendliche ein neues Gesicht gegeben.“ Diese Leistungen wurden mit einem 'geilen Erfolg' gewürdigt.

**SchülerInnen-gruppe der SLP Wien**



# Widerstand gegen FPÖ!

„Gemeinsam gegen Rassismus, Nazis und FPÖ!“. Unter diesem Motto versammelten sich Sonntag,

der Geldanlage über den Tisch gezogen zu haben.

Natürlich verzichteten die Blauen aber auch nicht

(ehemalige) FPÖ-FunktionärInnen oftmals nicht die notwendige Distanz aufweisen. Konkretes Beispiel:

## Der rechte WKR-Ball fliegt aus der Hofburg. Jetzt macht die FPÖ dort ihren Parteitag.

10.6., etwa 50 AntirassistInnen am Ballhausplatz, um den Parteitag der Wiener FPÖ, welcher in der Hofburg stattfand, lautstark zu begleiten.

Das Hauptaugenmerk legten die Freiheitlichen dabei auf die Rückenstärkung ihres „Alten Herren“ Martin Graf. Dieser wurde in den Tagen zuvor medial zur Verantwortung gezogen, da ihm vorgeworfen wird, eine Pensionistin bei

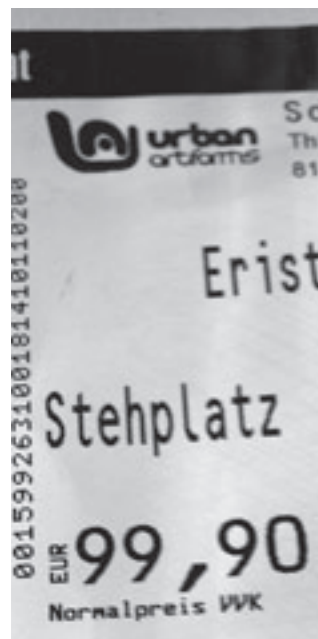
darauf, ihren Parteitag mit rassistischen Lösungen für soziale Probleme zu füllen. Aus diesem Grund wurde bei der Kundgebung der Fokus auf die Verbindung zwischen Rassismus, Krise und Sozialabbau gelegt. Die Sündenbockpolitik der FPÖ durfte auch dieses Mal nicht unbeantwortet bleiben!

Außerdem wurde der Opfer des Holocausts gedacht, zu dessen TäterInnen

der unerwünschte Besuch von Gaskammernleugner John Gudenus sen. Dieser schlich sich provokant an die Kundgebung an, wurde dann allerdings mit lautstarken Argumenten zum Rückzug überredet.

Die kämpferische Masse drehte eine Demo-Runde über den Ring und beendete den erfolgreichen Protest schlussendlich auf dem Heldenplatz.

**Gabriel Winkelmüller**



## Musik ist schön... ...und sehr teuer

Was gibt's schöneres, als an einem warmen Sommerabend gemeinsam mit vielen anderen Musikbegeisterten, mit einem kühlen Getränk in der Hand, am Konzert der Lieblingsband zu sein?! Schöner wäre es, wenn mensch sich das auch noch leisten könnte! Auch dieses Jahr besuchten über 150.000 Menschen das „Nova Rock“ Festival. Ein 3-Tages-Pass kostet über 120€. Damit fangen die Kosten erst an. Auf dem Festivalgelände geht

die Abzocke weiter: Getränke und Essen müssen am Gelände gekauft werden. Mitnehmen ist nicht. Die Preise für Bier & Essen sind im „normalen“ Vergleich eine Frechheit – für einen Hotdog bezahlt mensch über 5€!

Musik wird damit nicht gefördert, weil die vielen kleinen Bands, die neben den paar Stars spielen, kriegen davon (so gut wie) nichts. Das Geld bleibt bei den Veranstaltern.

**Sedef Yavuz**

### Fundstück des Monats

**Gehirnwäsche für unsere Kleinsten!** Mit der neuen „Kinderbusinessweek“ will die WKO Kinder von klein auf auf Linie bringen: Unter dem Motto „Entdecke das Geheimnis des Erfolges!“ und Workshops wie „Wie werde ich Chef?“ soll Kindern beigebracht werden, dass Ellbogen ausfahren Spaß macht und der Kapitalismus gar nicht so böse ist.



# Hongkong: 15 Jahre danach

**Am 1. Juli** wird in Hongkong der 15. Jahrestag der Rückkehr chinesischer Herrschaft begangen. Seit 2003 gibt es jedes Jahr Protestdemonstrationen dagegen, letztes Jahr mit über 200.000 TeilnehmerInnen.

kongs MilliardärInnen eingesetzt.

Massenproteste, die ein demokratisches Wahlrecht fordern, werden von der chinesischen Zentralregierung und ihren Hongkonger Vertretungen mit Pseudoreformen abgespeist. Die Hong-

Hongkong hat mehr MillionärInnen als jede andere Stadt vergleichbarer Größe auf der Welt. Nur ein sehr geringer Teil dieses Wohlstandes wird für den Sozialbereich ausgegeben. Die soziale Lage hat sich seit der Machtübernahme Chinas ver-

kongs MilliardärInnen und der KPC bestehen seit den 1980er Jahren. Damals entstand die Doktrin, „die Wirtschaft für das Steuern der Politik zu nutzen“. Hongkongs MilliardärInnen drängen auf den chinesischen Markt. Sie sind dort große SpielerInnen. Die Kreditvergaben der Bank of Hongkong an China betragen 200% des 280 Milliarden USD schweren BIP. Seit 1997 basiert Hongkongs Wirtschaft vor allem auf Geldwäsche. Geld wird aus China über Hongkong geschleust um dann wieder nach China als angebliche Auslandsinvestition aufzutauchen.

sichtbar. Diese Allianz wird von der KPC auch benutzt um Einfluss auf Hongkongs „freie Presse“ zu nehmen. Die meisten Hongkonger MedienbesitzerInnen haben Wirtschaftsinteressen in China. Einige von ihnen sind gleichzeitig KPC Mitglieder. 2003, als eine halbe Millionen Menschen gegen die drohende Einschränkung der Versammlungsfreiheit und anderen demokratischen Rechten demonstrierte, rechtfertigten die Medien die repressiven Gesetzesvorschläge.

## Chinas Herrschaft in Hongkong hat es undemokratischer und ungleicher als je zuvor gemacht.

Die diesjährige Demonstration wird eine Feuertaufe für den neuen Regierungschef Leung Chun-ying. Er ist ein autoritärer, kapitalistischer Politiker, von dem man annimmt, dass er Mitglied der chinesischen kommunistischen Partei (KPC) ist. Er bestreitet dies, wie viele andere führende PolitikerInnen in Hongkong. Offiziell existiert die KPC in Hongkong nicht. Insbesondere unter der Jugend ist sie unpopulär. Würde sie in Hongkong zu Wahlen antreten, müsste sie mit Niederlagen rechnen. Doch das Wahlsystem in Hongkong ist extrem undemokratisch. Zwar gibt es eine gewisse Autonomie – doch die Regierung wird von der KPC in Zusammenarbeit mit Hong-

konger KapitalistInnen sind gegen Demokratisierung: Sie befürchten die Errichtung eines „Wohlfahrtsstaates“ und negative Auswirkungen auf ihre Profite. Hongkong wird von rechten Thinktanks, unter anderem dem Wall St. Journal als die „freieste Wirtschaft“ der Welt gepriesen. Österreich liegt hier auf Platz 28! Dabei ist laut UN die Kluft zwischen Arm und Reich in Hongkong die größte der Welt. Wohnungspreise sind unbezahlbar und seit 2008 um 82% gestiegen. Das liegt sowohl am billigen US-Dollar als auch an einfließenden chinesischem spekulativen Kapital. 1/3 aller Wohnungskäufe seit 2008 wurden aus China heraus getätigt.

schlimmert. Die Armutsrate hat sich von 14,8% auf 18% erhöht. Das BIP ist in 10 Jahren um 30% gestiegen doch die Löhne stagnieren.

Hongkongs Wirtschaft wird von einigen wenigen Großgrundbesitzerfamilien dominiert. Ihre Imperien umfassen Grundbesitz, Bauwirtschaft, Hotels, Transport, Telekommunikation und die Banken. Vier Familien beherrschen die Hälfte der Wirtschaft. Dazu gehört auch Li Ka-shing, der reichste Mann Asiens. Er besitzt Firmen in 50 Ländern. 5% jedes ausgegebenen Dollars in Hongkong fließen in seine Taschen. Hongkongs Auslandsvermögen sind die größten der Welt, noch vor der Schweiz. Verbindungen zwischen Hong-

1985 wurde ein Komitee geschaffen, welches ein Grundgesetz für Chinas Machtübernahme in Hongkong schreiben sollte. 23 von 59 Mitgliedern waren aus Hongkong, 12 von diesen MilliardärInnen. Sie sorgten dafür, dass der Kapitalismus bis 2047 „das einzige System“ ist. Haushaltsdefizite sind verboten – um einem möglichen Wohlfahrtsstaat vorzubeugen.

Heute sind die MilliardärInnen auf vielschichtige Weise mit Regierungsstrukturen verwoben. Dieser Prozess ist mittlerweile auch in China selbst

Seitdem gibt es jedes Jahr am 7.1. eine Massendemonstration. Auch dieses Jahr droht wieder eine Einführung neuer undemokratischer Gesetze. Die Opposition dagegen ist massiv, die Frustration über das nicht gehaltenen Versprechen das Wahlrecht einzuführen auch. In Hongkong bahnt sich eine soziale Explosion an, die große Auswirkungen auf China selbst haben wird. Der Kampf für echte Demokratie wird dabei nicht von einem Kampf für Sozialismus zu trennen sein.



## Eine neue Stufe des Kampfes

**Interview** mit Nikos Anas-tasiadis, Regionalsekretär von Xekinima (CWI-Griechenland) in Thessaloniki.

**V:** Die EU scheint ihre Forderungen abzuschwächen, um die etablierten Parteien zu stärken. Was bedeutet das?

**N:** Samaras sagte in der Wahlnacht, dass "Griechenland zu seiner Unterschrift stehen werde". Er meint damit eine Fortsetzung der Sparpolitik. Es gibt auch Aussagen von EU-VertreterInnen, dass es keine inhaltlichen Zugeständnisse an Griechenland geben werde. Die EU und die griechischen KapitalistInnen haben große Angst vor einer Syriza-Regierung, die die Kampfkraft der griechischen ArbeiterInnen stärken könnte. Daher haben sie begrenzte Maßnahmen „fürWachstum“ ergriffen. Aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie wollen die Zeitspanne für die Rückzahlung der Schulden verlängern und vielleicht die Zinsen ein wenig senken. Das hat schon vor einem Jahr nicht funktioniert. Griechenland kann mit dieser Schuldenlast nicht wachsen – der einzige Ausweg ist, die Schulden nicht zu bezahlen, sozialistische Maßnahmen einzuführen,

wie Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrie, Kapitalkontrollen und hohe Besteuerung der Reichen sowie ein Programm öffentlicher Investitionen. Das wendet sich gegen die Interessen der KapitalistInnen in der EU und in Griechenland – sie werden dagegen sein.

**V:** Es gab in Griechenland mehrere Generalstreiks, dann hat sich der Kampf auf die Wahlebene verlegt – was ist die nächste Phase?

**N:** Die nächste Phase ist eine Kombination aus Klassenkämpfen und politischer Perspektive. Bis jetzt hat den Streiks und den Bewegungen eine Solche gefehlt, auch wenn sie sehr entschlossen waren. In der Bewegung vom Syntagma-Square vor einem Jahr war eine der Hauptfragen: Wer kommt an die Macht, wenn wir diese Regierung stürzen? In der neuen Situation wird weiter Sparpolitik umgesetzt, aber mit einer starken Opposition im Parlament und mit der Aussicht auf politische Veränderung. Xekinima wird mithilfe diesen Widerstand zu organisieren und gleichzeitig versuchen, Syriza in Richtung eines sozialistischen Programms zu pushen.



## Spanien: Neues Zentrum der Krise

**Im Juni** wurde den marocanischen spanischen Banken 100 Mrd. aus EU-Töpfen zugesichert. Der konservative Regierungschef Rajoy versucht indes ver-

gionale Banken haben die spanische Immobilienblase aufgeblasen und sitzen auf ca. 200 Mrd. fauler Kredite. Der Staat versinkt in Schulden: Zinsen

verlagern. Die „Vereinigte Linke“, die laut Umfragen auf 12% kommt, spielt regional sehr unterschiedliche Rollen: Im Süden unterstützt sie sozial-

### Die viertgrößte Volkswirtschaft Europas droht, zu kollabieren.

zweifelt, durch brutale Kürzungen in allen Bereichen, ein griechisches Schicksal zu vermeiden

Doch das ist längst Realität. Mit einer offiziellen Arbeitslosenrate von 25% und einer Jugendarbeitslosigkeit von 50% übertrifft Spanien alle anderen Krisenstaaten. Unternehmen verlassen das sinkende Schiff – über 100 Mrd. wurden 2012 bereits aus Spanien abgezogen. Re-

für spanische Staatsanleihen stehen bei unglaublichen 6% (Im Vergleich: Deutschland 1,3%). Allein 29 Mrd. machen die Zinszahlungen 2012 aus.

Gleichzeitig wächst der Widerstand: Dem Generalstreik vom 29.3. folgten im Mai drei Massenmobilisierungen. Die Gewerkschaftsführungen versuchen, den Widerstand auf die Ebene von zahnlosen Volksabstimmungen zu

demokratische Kürzungsregierungen, im Norden verweigert sie dies. Die asturischen MinenarbeiterInnen führen den Widerstand: Sie streiken und kämpfen entschlossen gegen die Zerschlagung ihrer Industrie. Auf die Gummigeschosse der Polizei antworten sie mit selbst gebauten Raketenwerfern, aus Solidarität trat am 18.6. die ganze Region in den Generalstreik.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Internationale Unterstützung

**Griechenland:** Paul Murphy, EU-Parlamentarier der Socialist Party (CWI-Irland), besuchte Griechenland drei Tage vor der Wahl, um SYRIZA zu unterstützen. Er nahm an einer Pressekonferenz internationaler UnterstützerInnen und einigen Wahlkampfkundgebungen teil. Bei der Abschlusskundgebung vermied Spitzenkandidat Tsipras das Wort Sozialismus. Paul betonte die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus.

Als er erklärte, dass eine linke Regierung in Griechenland dutzende Millionen UnterstützerInnen in Europa hätte, erhielt er tosenden Applaus. In Diskussionen unterstrich er die Notwendigkeit, lokale Komitees in den Betrieben, Universitäten und Nachbarschaften zu organisieren sowie ein landesweites Komitee von gewählten BasisvertreterInnen aller Bereiche, linker Parteien und der Gewerkschaften.

[www.paulmurphy.me.uk](http://www.paulmurphy.me.uk)

## Neues linkes Wahlbündnis

**Obwohl es in Belgien** eine Reihe von wichtigen Klassenkämpfen gab, fehlt eine politische Vertretung. PSL/LSP (CWI-Belgien) hat daher mehrere lokale linke Wahlbündnisse für die Kommunalwahlen im Oktober mitinitiiert. Die Kampagne startete im Juni mit Veranstaltungen in Antwerpen, Gent und Brüssel. Zum Gründungstreffen der „Gauche communes“ in Brüssel kamen nicht nur viele Interessierte aus der Nachbarschaft,

sondern auch internationale Gäste, wie Jose Mendez von der „Vereinigten Linken“ in Spanien, Charlotte Balavoine aus Frankreich von der „Linken Front“, Panayota Moniou von SYRIZA, Paul Murphy, EU-Parlamentarier und Mitglied der Socialist Party (CWI in Irland) und Tony Mulhearn, Mitglied der Socialist Party in England (CWI) und des sozialistischen Stadtrates in den 80ern in Liverpool.

[www.socialisme.be](http://www.socialisme.be)

## Protest

**In München** hat sich die SAV (CWI-Deutschland) an der Kampagne gegen die 3. Startbahn des Flughafens beteiligt. Sie haben Flugblätter verteilt, nahmen an Protestaktionen teil und traten für die Vernetzung des Widerstands gegen zerstörerische Großprojekte ein. Bei einer BürgerInnenbefragung stimmte die Mehrheit gegen das undemokratische und teure Mega-Bauprojekt.

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)



# Gute Realwirtschaft und böses Finanzkapital?

Als Ursache der Krise wird oft wild gewordenes Finanzkapital und „gierige“ Spekulation gesehen. Viele meinen, man müsse Spekulation eindämmen und das „Zocken“ beenden, um die Krise zu bewältigen. Ankurbelung der Realwirtschaft,

me und Nazis trennen in „schaffendes“ und „rafendes“ Kapital, mit antisemitischer Begründung. Rechtspopulisten verurteilen die Auswüchse, indem sie zwischen „gutem“ (einheimischem, produzierendem) und „bösem“ (ausländischem Finanz-)

vorübergehende Linderrung. Der Virus namens Kapitalismus bleibt. Das System Kapitalismus ist von Beginn an und von Grund auf widersprüchlich, weil es nicht um die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse, sondern um Profite geht, und führt

Bereits ab den 70er Jahren kam es erneut zu Krisen (Japankrise, Asienkrise, Russlandkrise, Mexikokrise, Argentinienkrise etc. bis hin zur aktuellen, seit den 30er Jahren größten Krise).

Einer der systemimmanenten Widersprüche ist der zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Diejenigen, die produzieren, bekommen nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte und es kommt zu einer Überproduktion, im fortgeschrittenen Stadium zu einer Überakkumulation: Es häuft sich Kapital an, das nicht mehr gewinnbringend investiert werden kann. In diesem Stadium befinden wir uns schon länger. Ende der 70er Jahre öffnete sich die Schere zwischen Profit- und Investitionsquote, die Überakkumulation wurde schlagend. Als Reaktion darauf begann ab den 80er Jahren eine Phase des Monetarismus/Neoliberalismus. Um neue Anlagemöglichkeiten zu finden, wurden Bereiche, die bisher ohne Gewinnziel staatlich betrieben wurden, privatisiert und Finanzmärkte dereguliert, um Kapital in neue Berei-

che wie Pensionen, Gesundheit, Infrastruktur und Bildung profitträchtig investieren zu können. Neue Finanzinstrumente entstanden und blähten sich auf. Die Überakkumulation ist derzeit so vorangeschritten, dass die großen Gesellschaften in den USA, der Eurozone, Großbritannien und Japan auf einem Berg von etwa 7,75 Billionen Dollar an Kapital sitzen. Die Investitionsrate ist auf einem Tiefststand seit 60 Jahren. Das Unternehmensvermögen in der Eurozone beträgt zwei Billionen Euro, zuzüglich 750 Milliarden Pfund in Großbritannien (Wall Street Journal). Eine Besteuerung dieses Kapitals mit 50 % würde sofort dringende Investitionen in Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit ermöglichen und die ständige Frage, woher denn das Geld kommen soll, zum wiederholten Male beantworten. Die Finanzwirtschaft entsteht also nicht aus „Gier“, sondern aus Mangel an profitablen Investitionsmöglichkeiten aufgrund der dem Kapitalismus immanenten Widersprüche und sie kommt ohne Realwirtschaft nicht aus. Denn Geld arbeitet nicht. **Helga Schröder**

## Warum eine Zählung der Finanzwirtschaft nicht genügt

Regulierung der Finanzwirtschaft wird gefordert. Doch hier herrscht ein Irrtum: Spekulative Blasen und das Aufblähen des fiktiven Finanzkapitals sind nicht Ursache der Krise, sondern deren Auswirkung.

Rudolf Hilferding erkannte in seinem 1910 publizierten Werk „Das Finanzkapital“ die steigende Rolle der Banken und Herausbildung von Monopolen und analysierte die Verflechtung der Banken mit der Industrie, ebenso wie Lenin in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Auch heute sind Industrie- und Finanzkapital miteinander verflochten, oft in den selben Unternehmen. Rechtsextre-

Kapital unterscheiden.

Auch manche Linke trennen strikt zwischen Finanz- und Realwirtschaft. Mit Regulierung der Finanzwirtschaft erreicht man keinen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“. Der Bankensektor ist nicht an sich „parasitär“, er ist im Kapitalismus auch für die Realwirtschaft unerlässlich und die Aufblähung der Finanzwirtschaft ist eine logische Entwicklung des Kapitalismus. Marx hat das bereits analysiert und mit dem Fieber verglichen, das Symptom und nicht Ursache einer Krankheit ist. Es spricht natürlich nichts dagegen, das Fieber mit Transaktionssteuern und Finanzmarktregulierung zu senken. Doch das bringt nur

deshalb immer wieder zu Krisen, auch wenn es eine Zeit lang so aussieht, als würde es gut funktionieren. Allein im 20. Jahrhundert gab es zahlreiche Krisen mit fatalen Folgen für viele Menschen. Nach dem 2. Weltkrieg funktionierte der Kapitalismus im Wirtschaftsaufschwung scheinbar gut. Das Währungssystem von Bretton Woods mit Golddeckung des Dollar und Währungsbindung an den Dollar schien Stabilität zu bedeuten und in den 50er und 60er Jahren konnten viele (nicht alle!) ihren Lebensstandard verbessern. Aber der Grund dafür war nicht das Funktionieren des Kapitalismus, sondern die Notwendigkeit des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg.



# SLP-Programm genau erklärt:

**Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Si-**

che Repression zunimmt. Denn Aufgabe des bürgerlichen Staates (also Polizei und Armee) ist es, das Kapital zu schützen, nach außen wie nach innen. Militärbündnisse wie die NATO schaffen keinen Frieden,

gab es in den letzten zwei Jahren 15 Generalstreiks. Jene Parteien, die für den Sparkurs stehen, verlieren. Wenn sich in Griechenland bei den Neuwahlen die Linke durchsetzt, ist nicht auszuschließen,

## Nein zu Überwachungs- und Polizeistaat. Kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

### cherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

In den letzten Jahren haben wir ein Zunehmen staatlicher Repression erlebt, wie z.B. die versuchte Kriminalisierung von DemonstrantInnen bei den WKR-Protesten der letzten Jahre. Jüngster Höhepunkt sind die Verbote der Blockupy-Proteste in Frankfurt. Es ist kein Zufall, dass in Krisenzeiten die staatli-

sondern setzen die wirtschaftlichen Interessen der einen herrschenden Klasse gegen eine andere um. In Krisenzeiten haben die Herrschenden (zu Recht) Angst vor der Zunahme von Massenprotesten. Denn sie machen es schwieriger für die Herrschenden, ihre Politik umzusetzen. Selbst die beschränkte bürgerliche Demokratie wird ihnen zunehmend ein Dorn im Auge. In Griechenland

dass die herrschende Klasse in Griechenland oder Europa versucht, eine solche Regierung zu stürzen und durch eine andere zu ersetzen, die ihren Willen direkter umsetzt. Das Militär kann dabei eine zentrale Rolle spielen. Das kann nur verhindert werden, indem sich die ArbeiterInnenklasse darauf vorbereitet, mit dem Kapitalismus und seinen Institutionen zu brechen.

## „Gut finde ich, dass ich mitreden kann!“

**Egal** ob im Kampf gegen FPÖ, Bildungsabbau oder Abschiebungen: Jugendliche sind ganz und gar nicht unpolitisch. Alexandra Markl, 18 und neues SLP-Mitglied, meint:

Ich werde nächstes Jahr in der Bakip 21 maturieren. Unter anderem bin ich wegen meines zukünftigen Jobs politisch aktiv geworden. Die Forderungen des "Kindergartenaufstandes", als die Beschäftigten im Kindergartenbereich pro-

testierten, fand ich sehr gut. Die Wichtigsten waren die Erhöhung des Gehalts, eine erweiterte Personaldichte und mehr bezahlte Vorbereitungsstunden. Außerdem finde ich das Bildungsprogramm der SLP sehr gut, was für mich auch ein Grund zum Beitritt war.

Durch regelmäßige politische Diskussionen in der Schule, unter FreundInnen aber auch in der Familie fiel mir auf, dass

ich eigentlich gern politisch aktiv werden würde. Besonders gut gefällt mir persönlich an der SLP, dass es regelmäßige Treffen gibt, bei denen diskutiert, ausgetauscht und geplant wird. Schlussendlich bin ich Mitglied geworden, weil ich es wichtig finde, sich politisch gut auszukennen und etwas gegen Abschiebungen, Rassismus und Sparpakete, also gegen FPÖ & Co zu tun.

## SLP goes Brigittenau!

Seit 1996 hat die SLP ein Büro in Wien 7, nun übersiedeln wir in den 20. Bezirk. Die Brigittenau war schon bisher ein wichtiges Feld der politischen Arbeit: bei Kandidaturen, aber v. a. in der Kampagne gegen die von der FPÖ unterstützte sog. „Bürgerinitiative Dammstraße“. Unser neues Büro ist ein Genossenschaftsbüro, d. h. die laufenden Kosten werden niedriger, was uns mehr Flexibilität in der politischen Arbeit gibt.

Am Anfang steht aber ein hoher Genossenschaftsanteil. Hierbei brauchen wir die Unterstützung unserer LeserInnen.

**Durch eine Spende** oder unser neues „Aufbau-Abo“:



Ein ganzes Jahr Vorwärts lesen und das neue Büro unterstützen um 50,- (oder mehr).

**Bitte überweisen auf** PSK 8812.733 (BLZ: 60.000)

## Die SLP-Treffpunkte

### GMUNDEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Sonntag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Wiener Café'  
Esplanade Gmunden

### NIEDERÖSTERREICH

**unregelmäßige Treffen**  
Infos per E-Mail slp@slp.at

### WIEN

### GRAZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Stockwerk'  
Jakominiplatz 18

**SLP-Sommer-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 19<sup>00</sup> Uhr  
in der 'Pizzeria La Piazza'  
20., Gaussplatz 7, Linie 31; Linie 5A

### U.a. mit folgenden Themen:

**18. Juli:** Welt im Aufruhr, Berichte aus aller Welt.

**25. Juli:** Revolutionäre Arbeit im EU-Parlament

### LINZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

### SALZBURG-STADT

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Shakespeare'  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
Nähe Mirabellplatz

**1. August:** Linke Gewerkschaftspolitik in Britannien; Roger Banister berichtet

**8. August:** Augenzeugen berichten von Klassenkämpfen in Griechenland

Kein SLP-Treffen in der Nähe?  
Wir helfen Dir beim Aufbau!

**5. September:** Ursachen der Krise - Marxistische Analyse

## Andere über uns



**Zum ersten Mal** seit einiger Zeit planten christliche FundamentalistInnen Proteste gegen die Pride Parade. Ca. 30 homophobe FanatikerInnen fanden sich am Wiener Stephansplatz. Die SLP und andere mobilisierten ca. 200 GegendemonstrantInnen. Der Fundi-Protest ging völlig unter und die Farce, die er ist, war offensichtlich. Einige katholische Websites schrieben im heiligen Zorn über die „Homo-Aggressoren“, auch derstandard.at berichtete.

## VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



**VORWÄRTS Jetzt abonnieren: [www.slp.at](http://www.slp.at)**

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Widerstand gegen die FPÖ!

Mehr auf Seite 11

# Abschiebungen gemeinsam verhindern!

*Der Widerstand gegen Abschiebungen wird breiter – zusammen sind wir stärker!*

Am Donnerstag, dem 21.6., wurde der neue Terminal des Flughafens Wien von Politprominenten, Wirtschaftsgroßen und hohen Militärs feierlich eingeweiht. „Skylink“ fraß ca. 1 Milliarde Steuer-gelder. Gleichzeitig lief der Abschiebebetrieb auf Hochtouren: Omar D., seit

acht Jahren hier, wurde nach Gambia abgeschoben. Seinen 4-jährigen Sohn Jeremias wird er vielleicht nie wieder sehen. Nur knapp eine Stunde später sollte die nächste Familie zerrissen werden: Kenan S., ein türkischer Menschenrechtsaktivist, hätte nach Istanbul ab-

geschoben werden sollen. AktivistInnen der SLP und andere konnten Passagiere überzeugen, sich gegen die Abschiebung zu wehren – erfolgreich. Kenan S. bleibt fürs Erste. Kampagnen gegen Abschiebungen sprießen überall aus dem Boden. FreundInnen und KollegInnen der Betroffe-

nen ergreifen die Initiative. Die SLP ist in vielen dieser Kampagnen aktiv, aber klar ist: Es braucht neue, starke und demokratische Strukturen im Kampf gegen Abschiebungen. Existierende Kampagnen können sich vernetzen, um Kräfte zu bündeln. Eine bundesweite

Aktionskonferenz mit gewerkschaftlicher Unterstützung kann ein großer Schritt sein. In Österreich gibt es mehr MillionärInnen als AsylwerberInnen – Es ist also genug Geld für alle, die hier leben wollen, da!

Sebastian Kugler



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- › Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- › Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- › Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- › Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- › Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- › Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- › Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- › Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- › Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- › Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- › Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- › SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

- › sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- › Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- › Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- › Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- › Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.